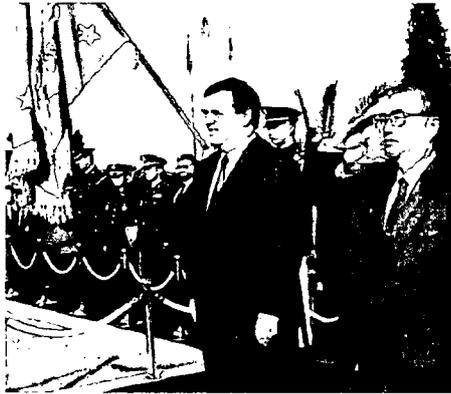


## Waffenexporte

## Rühe will liefern

Bundesverteidigungsminister Volker Rühe (CDU) löst einen neuen Konflikt mit Außenminister Klaus Kinkel (FDP) aus. Er möchte die Richtlinien für die Ausfuhr von Kriegswaffen lockern. So soll Südkorea, wo Rühe in der vergangenen Woche seinen Kollegen Kwon Young-Hae besuchte, beim Rüstungsexport den Ländern der Vereinigung südostasiatischer Nationen (Asean) gleichgestellt werden. Die unterliegen nach Auffassung des Verteidigungsministeriums, „analog“ zu Nato-Partnern, keinen Beschränkungen beim Waffenverkauf.

Diplomaten aus Kinkels Außenamt hingegen bewerten das hochgerüstete Südkorea wegen des ungelösten Konflikts mit dem kommunistischen Nordkorea weiterhin als „klassisches Spannungsgelände“, so daß Waffenlieferungen dorthin verboten sind. Unter dem Druck des Verteidigungsministers genehmigte der Bundessicherheitsrat kurz vor Rühes Asienreise schon mal eine Ausnahme. Südkorea darf sich auf einem Umweg Glattrohrkanonen vom Kaliber



Rühe, Kwon Young-Hae

120 Millimeter beschaffen. Sie waren für den Kampfpanzer Leopard 2 entwickelt worden und sollen nun von einer amerikanischen Firma, die eine Lizenz erworben hat, geliefert werden. Rühe möchte so die „demokratische Entwicklung Südkoreas honorieren“.

Mit Rühes Unterstützung hatten deutsche Rüstungskonzerne mehrmals versucht, südkoreanische Jagdbomber zu modernisieren und Seoul hochmoderne Feuerleitanlagen für Kriegsschiffe zu verkaufen.

## Thüringen

## Verfolgte Unschuld

Der Partei- und Fraktionschef der Thüringer FDP, Andreas Kniepert, gerät immer mehr unter Druck. Die Staatsanwaltschaft Erfurt will gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Nötigung einleiten. Der Ermittlungsbehörde hatte der frühere Mitarbeiter des Thüringer Wirtschaftsministeriums, Ronald Huth (FDP), mitgeteilt, Kniepert habe ihn im Juni 1992 bedroht. Huth, damals Büroleiter des Wirtschaftsministers Jürgen Bohn (FDP), hatte erfahren, daß im Zusammenhang mit der umstrittenen Vergabe von Raststät-



Kniepert

## Baden-Württemberg

## Oettingers Pizza-Connection

Der baden-württembergische CDU-Fraktionschef Günther Oettinger hat sich offenbar mit zweifelhaften Freunden umgeben. Oettinger ließ zwischen 1991 und 1993 Fraktionsfeste seiner Partei von dem italienischen Wirt Mario Lavorato ausrichten und zahlte dafür aus der Fraktionskasse, also aus Steuermitteln, knapp 40 000 Mark. Gegen den Wirt ermittelt die Stuttgarter Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Geldwäsche. Der Pizzeriaebesitzer soll überdies enge Verbindungen zur italienischen Mafia haben. Gegenüber der CDU zeigte sich Lavorato großzügig: Er spendete insgesamt 3000 Mark. Obwohl Oettinger bereits im September 1992 von dem Mafia-Verdacht und von Abhöraktionen gegen Lavorato wußte, lud er den Wirt weiter als Party-Impresario ein. Der CDU-Politiker gibt an, er habe da-

mit verhindern wollen, daß der Italiener Verdacht schöpfe. Lavorato gilt nach Angaben eines Mafia-Aussteigers als „sehr enge Vertrauensperson“ des mutmaßlichen kalabrischen Mafia-Bosses Giuseppe Farao. Der Stuttgarter Wirt soll, so der Aussteiger, „mit dem Geld der Familie“ in Deutschland Pizzerien eröffnen. Lavorato rechtfertigt sich: „Die Läden gehören mir. Ich verdiene mein Geld ehrlich.“



Oettinger, Lavorato

## Rechtsextremisten

## Befreite Mailbox-Zone

Deutsche Neonazis bauen einen eigenen Computerverbund auf. Ihr „Thule-Netz“ besteht bereits aus sieben Mailboxen, vor allem in Süddeutschland. In diese elektronischen Briefkästen können sich Computerbesitzer per Telefon einwählen, um Texte und Programme abzurufen oder zu deponieren. In den Mailboxen, mit Codenamen wie „Phantom“ oder „Germania“, finden sich bislang vornehmlich Tipps für die Lektüre einschlägiger brauner Blätter. Aber die Extremisten planen weiter: In den Computernetzen soll ein rechtsfreier Raum, im Nazi-Jargon „eine befreite Zone im Mailbox-Bereich“, geschaffen werden. Kaum ein Fahnder versteht genug von Computern, um Einblick in die durch Paßwörter geschützten Dateien nehmen zu können. Experten glauben, daß die Mailboxen auch Anleitungen zum Bombenbau enthalten.

tenlizenzen (SPIEGEL 21/1992) im Wirtschaftsministerium Akten vernichtet worden waren. Er teilte Kniepert mit, daß er „nicht gewillt sei, durch Gedächtnislücken Unwissenheit vorzutäuschen“, falls die Staatsanwaltschaft ihn befragen sollte. Daraufhin, so Huth, habe Kniepert von ihm verlangt, er solle „endlich Ruhe geben“, andernfalls „passiert etwas“. Huth gab bei der Staatsanwaltschaft weitere Details des Gesprächs zum besten. Kniepert soll ihm gedroht haben: „Wenn Sie nicht ruhig sind, dann wird man auch bei Ihnen etwas finden.“ Und: „Wenn man nichts bei Ihnen findet, dann wird man eben etwas produzieren müssen.“ Knie-